

Was wir tun können

Klimaabkommen

Der Klimawandel ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr wegzuleugnen. Lange Dürreperioden, Gletscherschwund, Starkregen, 2015 zweithöchstes Jahr seit es Temperaturaufzeichnungen gibt. All dies zeigt uns, dass die Verringerung der Treibhausgasemissionen ein Gebot der Stunde ist. Dies haben selbst Staaten wie die USA und China, die bisherige Klimavereinbarungen nicht ratifizierten, eingesehen und unter der Patronanz der UNO im Dezember 2015 zusammen mit weiteren ca. 190 Staaten dem Klimaabkommen von Paris zugestimmt.

Die wichtigsten Entscheidungen im Überblick:

- Begrenzung des Temperaturanstiegs**
 Die Staaten setzen sich das Ziel, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius seit Beginn der Industrialisierung zu beschränken. Zudem sollen Anstrengungen unternommen werden, den Temperaturanstieg bereits bei 1,5 Grad zu stoppen. Dies war ein besonderes Anliegen der Inselstaaten, weil sie durch das Ansteigen des Meeresspiegels in ihrer Existenz bedroht sind.
- Langfristziel zur Minderung von Treibhausgasen**
 In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll ein Gleichgewicht zwischen dem von Menschen verursachten Ausstoß von Treibhausgasen und der CO₂-Bindung durch sogenannte Senken, das sind etwa Wälder, aber auch unterirdische Kohlenwasserer, erreicht werden.
- Mechanismus zur Steigerung nationaler Klimaziele**
 Vor dem Klimagipfel haben 186 Staaten freiwillige nationale Klima-Ziele vorgelegt. Allerdings reichen die Maßnahmen nicht aus, um den Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Der Vertrag sieht vor, dass die selbstgesteckten Ziele ab 2023 alle fünf Jahre überprüft und verschärft werden. Bereits vor Inkrafttreten des Abkommens soll im Jahr 2018 erstmals über die Umsetzung der Maßnahmen beraten werden, wie aus einer begleitenden Entscheidung hervorgeht. Im Jahr 2020 wollen die Staaten dann ihre nationalen Klima-Ziele für den Zeitraum 2025 bis 2030 vorlegen. Die Industriestaaten sollen sich konkrete, quantifizierte Ziele zur Minderung des CO₂-Ausstoßes setzen, die übrigen Länder werden dazu "ermutigt".
- Berichtspflichten**
 Die Staaten vereinbaren ein gemeinsames System von Berichtspflichten und Transparenzregeln. Jedes Land soll Bilanzberichte seines CO₂-Ausstoßes vorlegen. Dabei sollen die unterschiedlichen Voraussetzungen und Fähigkeiten der Länder berücksichtigt werden.
- Finanzen**
 Die Industriestaaten sollen arme Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Erderwärmung unterstützen. Andere Staaten – damit sind vor allem aufstrebende Schwellenländer gemeint – werden "ermutigt", ebenfalls einen freiwilligen finanziellen Beitrag zu leisten.

Bedeutung für Österreich

Nach dem Kiotoprotokoll hatte Österreich die Verpflichtung, bis zur Periode 2008-2012 die Emissionen um 13 Prozent zu senken. Tatsächlich lagen sie 2012 aber um drei Prozent über dem Niveau von 1990. Nur durch den Ankauf von Verschmutzungszertifikaten aus dem Ausland konnten die Kiotoverpflichtungen eingehalten werden. Es ist also ein radikales Umdenken erforderlich.



Wege mit dem Fahrrad zurücklegen schont die Umwelt und ist gut für die körperliche Fitness - Foto zeigt die Fahrradparade 2015

Schritte dazu:

- Strom aus erneuerbaren Energiequellen:**
 Einen Anfang setzt der Plan, bis 2030 Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen bereitzustellen. Zu bedenken ist, dass der Stromverbrauch steigen wird, da in anderen Bereichen ein Ausstieg aus den fossilen Energieträgern zu einem erhöhten Strombedarf führt. Vorarlberg hat mit dem Ziel der Energieautonomie bis 2050 bereits ehrgeizige Ziele gesetzt, die dadurch sicher wieder einen Motivationsschub erfahren.
 - Umstieg auf E-Mobilität.**
 26 Prozent der Treibhausgasemissionen entfallen auf den Verkehr, wobei seit 1990 ein Anstieg um 50 Prozent zu verzeichnen ist. Die derzeit billigen Treibstoffpreise sind eine Katastrophe und führen dazu, dass immer noch größere Autos, die mehr verbrauchen, gekauft werden. Im Zuge der Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Energieträger ist auch ein Umstieg auf E-Mobilität erleichtert. Die Errichtung eines flächendeckenden Angebots an Ladestationen ist hier Voraussetzung. Hier sind gerade öffentliche Institutionen wie Land und Gemeinden gefordert, ihren Fuhrpark auf E-Fahrzeuge umzustellen, um eine Vorbildwirkung zu erzielen.
 - Öffentlicher Verkehr:**
 Ganz wesentlich ist aber, den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel noch mehr zu forcieren. Der Verkehrsverbund Vorarlberg hat schon gute Ansätze. Die Verbindung zum übrigen Österreich birgt noch Verbesserungspotential.
 - Förderungen überprüfen:**
 Die Förderungen für Projekte, die mit fossilen Energieträgern beheizt werden, sollten eingestellt werden. Auch ein Anheben von Steuern für die fossilen Brennstoffe könnte den Ausstieg beschleunigen.
 - Ernährung:**
 Der Kauf regionaler Lebensmittel verringert aufgrund der kürzeren Vertriebswege Treibhausgasemissionen bei Transporten. Eine Reduktion des Fleischkonsums ist angesichts der Tatsache, dass die weltweite Tierhaltung für etwa 18 Prozent der Klimagasemissionen verantwortlich sind, ein Gebot der Stunde. Für die Produktion von 1 kg Fleisch benötigt man mindestens 10 kg Getreide, was die Problematik von Fleisch als Lebensmittel zeigt. Ganz abgesehen davon werden für die Tierhaltung massiv Regenwälder abgeholzt, die wir eigentlich für die Bindung von CO₂ so dringend benötigen.
- Eine rasche Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen ist notwendig.

Quellen: Der Standard vom 19. 20. Dez 2015: Neuer Klimavertrag – was nun, Österreich
<http://www.welt.de/politik/ausland/article149895044/Das-ist-riesig-Jubel-nach-historischem-Klimaabkommen.html>
<http://www.umweltbundesamt.at>